

351.1-BWE/bs
26.11.1992

VERTRAULICH

DIE UNGARISCHE MINDERHEIT IN DER SLOWAKEI

Gespräch mit Ing. Istvan Batta (B), Abgeordneter der Koalition
"Politische Bewegung Zusammenleben - Ungarisch Christlich-Demokratische Bewegung"
im Föderalparlament der CSFR

1. Die **Koalition** "Politische Bewegung Zusammenleben - Ungarisch Christlich-Demokratische Bewegung" gewann in den **Parlamentswahlen** vom vergangenen **Juni** rund 7,5 % der Wählerstimmen, was sich in **14 Sitzen im Slowakischen Nationalrat** und **12 Sitzen im Föderalparlament** der CSFR niederschlug. Ihre rund 300'000 Stimmen entsprechen 3/4 der ungarischen Minderheit in der Slowakei. Eine weitere "ethnische" Partei, die "Ungarische Bürgerpartei" blieb unter den Prozenzhürden und ist in den Parlamenten nicht vertreten.

Die Abgeordneten der Koalition hätten im Slowakischen Nationalrat - so B - eine konstruktive Oppositionspolitik betreiben und der Regierung die grösstmögliche Unterstützung gewähren wollen, unter der Voraussetzung einer befriedigenden Minderheitenpolitik. Doch **von Beginn weg** seien die **Beziehungen zwischen der Regierung Meciar**, insbesondere Meciar selber, **und den ungarischen Abgeordneten gestört** gewesen und hätten sich zusehends verschlechtert. Der Ton der politischen Auseinandersetzung war und ist in der Tat oft hemdsärmelig, wobei der slowakische Premierminister den grösseren Anteil an "Entgleisungen" auf sein Konto zu verbuchen hat.

2. Der **Kern der politischen Auseinandersetzung** - auch wenn man von der Minderheitenfrage spricht - ist die Situation der **ungarischen Minderheit** in ihren relativ geschlossenen Siedlungsgebieten **in der Südslowakei** und die **Idee einer regionalen Autonomie** für diese Gebiete.

Seit dem politischen Wandel im Jahre 1989 haben die Parteien der ungarischen Minderheit in der Slowakei eine bessere verfassungsmässige Verankerung der individuellen und kollektiven Minderheitenrechte und beschränkte Selbstverwaltung in Kultur- und Erziehungsangelegenheiten verlangt. Seit den Wahlen im Juni 1992 fordert die Koalition regionale Autonomie in jenen Gebieten der Südslowakei, wo die ungarntämmigen Slowaken die Mehrheit bilden. Dies betrifft nur 2/3 aller Ungarn in der Slowakei. Das restliche Drittel lebt im Lande verstreut, schwergewichtig in der Ostslowakei.

3. **Die Geschichte hat den ungarntämmigen Slowaken übel mitgespielt.** Dreimal haben sie in diesem Jahrhundert den Staat wechseln müssen: Im Jahre 1920 mit dem Trianon-Vertrag von Ungarn zur Tschechoslowakei, 1939 zurück zu Ungarn und 1945 wieder zurück zur Tschechoslowakei. Diese Wechsel sind jeweils mit gewaltigen Umsiedlungen verbunden gewesen. So wurden, wie B betont, allein 1945

./.

Dodis



ca. 150'000 bis 200'000 Ungarn aus ihrer angestammten Heimat der heutigen Südslowakei nach Ungarn vertrieben. Es folgten weitgehende Enteignungen der Geschäftsvermögen der vertriebenen und der zurückgebliebenen Ungarn, oft zu Gunsten von Slowaken, die dann ihrerseits 1948 von den Kommunisten enteignet wurden. B weist jedoch auch darauf hin, dass die Slowakische Republik die im Lande verbliebenen ehemaligen ungarischen Besitzer und nicht die 1948 enteigneten slowakischen Besitzer wieder in ihre Rechte einsetze.

4. B ist überzeugt - und es gibt auch keine nennenswerten Anzeichen für das Gegenteil -, dass die **ungarische Minderheit der Slowakei keinen Anschluss an Ungarn anstrebt**, sondern es vorzieht, Bürger der Slowakei zu bleiben. Dafür dürften ihre wichtige Rolle im Wirtschaftsleben der Slowakei und nicht zuletzt auch ihre historischen Erfahrungen eine gewichtige Rolle spielen.

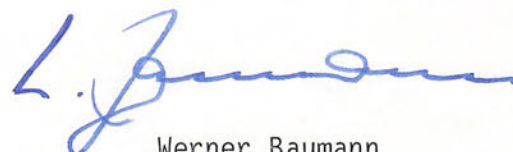
Die verbalen **Attacken** des slowakischen Premierministers richten sich übrigens auch **weitestgehend gegen die Repräsentanten der ungarischen Minderheit** in der Slowakei und nicht gegen die Minderheit als solche. Einzelne Kenner der Szene behaupten denn auch, dass die ganze Auseinandersetzung weniger eine Sache der slowakischen Slowaken und der ungarinstämmigen Slowaken, denn ihrer Politiker sei.

5. Die **Spannungen** zwischen der Regierung Meciar und den Vertretern der ungarischen Minderheit im Slowakischen Nationalrat haben **im letzten Halbjahr**, insbesondere da keine der "ungarischen" Forderungen in die Souveränitätserklärung vom 17. Juli 1992 und in die Verfassung vom 1. Oktober 1992 Aufnahme fanden, **massiv zugenommen**. Vor allem, so B, beunruhigt die Bestimmung in der **Slowakischen Verfassung**, wonach die Vorrechte der Minderheiten die Rechte der Mehrheit nicht beeinträchtigen dürfen, die Minoritäten aufs tiefste. Dieser **Generalvorbehalt zum Minderheitenschutz**, so fürchtet B, könnte jederzeit zur Begründung der Aufhebung verfassungsmässig garantierter Rechte dienen.
6. B beteuert, dass **nicht derzeitige konkrete Massnahmen** der slowakischen Regierung der eigentliche **Anlass zur Besorgnis** seien, wenn auch die Abnahme zweisprachiger Ortstafeln im Süden der Slowakei nichts Gutes verhiesse. Vielmehr habe man **Angst vor künftiger Eskalation**. Das Vertrauen in Premierminister Meciar fehle bei den ungarischen Slowaken vollkommen. Die Staatenwelt müsse auf den slowakischen Premierminister in jeder nur erdenklichen Form einwirken um sicherzustellen, dass die Minderheitenrechte in der Slowakischen Republik auch inskünftig gewährleistet würden.
7. **Aus meiner Sicht möchte ich zu den Feststellungen Bs folgendes festhalten:** Es ist zutreffend, dass der politische Stil des Slowakischen Premierministers häufig, nicht nur in Bezug auf die Minderheitenrechte, zu wünschen übrig lässt. Es ist zutreffend, dass zur Zeit auf slowakischer Seite die Vorstellung einer regionalen Autonomie für die ungarinstämmigen Slowaken wie ein rotes Tuch wirkt. Es ist auch zutreffend, dass die Formulierungen der Bestimmungen der Slowakischen Verfassung betreffend die Staatssprache und das Verhältnis der Rechte der Minderheiten zu den Rechten der Mehrheit nicht über alle Zweifel erhaben sind.

Es ist aber eher unwahrscheinlich, dass es nach der Unabhängigkeit der Slowakischen Republik zu einer Einschränkung derzeit bestehender Minderheitenrechte oder gar zu einer eigentlichen Diskriminierung der ungarntämmigen Slowaken kommen wird, zumindest nicht in der näheren Zukunft. Dies liefe den ureigensten Interessen der Slowakei entgegen, bilden die ungarntämmigen Slowaken doch ein wichtiges wirtschaftliches Element und ist Premierminister Meciar mehr als bedacht darauf, das ramponierte internationale Ansehen der Slowakei aufzubessern. Vieles hängt allerdings davon ab, ob bei politischen Auseinandersetzungen in der Slowakei inskünftig alle Seiten willens sind, minimale Zurückhaltung gegenüber der Person des politischen Gegners zu üben,

Eine "Anprangerung" Meciar's - und damit in den Augen vieler Slowaken der Slowakei überhaupt - für Taten, die er vielleicht begehen könnte, wirkten sich eher kontraproduktiv aus und provozierten slowakischerseits den Vorwurf, auf dem Gebiete des ehemaligen Ostblocks werde mit unterschiedlichen Ellen gemessen. Andererseits dürfte diskreter Druck der Staatenwelt positive Wirkungen zeitigen; denn die Slowakei will, wenn immer möglich, "westfähig" sein und nicht zum "Osten" gezählt werden.

Dem slowakischen Premierminister Meciar wird trotz seines oft ungehobelten politischen Stils mit häufig unbesonnenen markigen Aeusserungen selbst vom tschechischen Premierminister Klaus die Fähigkeit überdurchschnittlichen politischen Kalküls und ein Stehen zu seinem Wort nachgesagt. Wenn den Aeusserungen Meciar's, namentlich zur Wahrung der Rechte der Minderheiten in der Slowakei, auch nicht unbedenklich Glauben geschenkt werden kann, so sollte man ihm bis zum Beweis des Gegenteils den "Benefit of the Doubt" zugestehen.



Werner Baumann

**SCHWEIZERISCHE VERTRETUNG
REPRÉSENTATION SUISSE**

in/à

an	WOK	Prag		a/a
Datum	3.12			
Visa	WOK			WOK
EDA	3. DEZ. 1992			
Ref.	p. B. 73. SLK. O.			

Ihr Zeichen
Votre référenceIhre Nachricht vom
Votre communication du**VERTRAULICH**Politische Abteilung I
EDA

3003 B e r n

Unser Zeichen
Notre référence

351.0-BWE/bs

Datum
Date

27. November 1992

Gegenstand/Objet:**Der Schutz der Minderheiten in der Slowakischen Republik**

Herr Botschafter

Anlässlich des Besuchs von Frau Ständeratspräsidentin Josi Meier in Bratislava am 20. und 21. Oktober 1992 erwies sich in den Gesprächen mit den Vorsitzenden der beiden grössten Oppositionsparteien in der Slowakei, mit Petr Weiss von der Partei der demokratischen Linken und Jan Carnogoursky von den Christ-Demokraten, dass gegen die Minderheitenpolitik der Regierung im Slowakischen Nationalrat keine Opposition besteht, mit Ausnahme der Koalition der "Politische Bewegung Zusammenleben - Ungarisch Christlich-Demokratische Bewegung". Es macht den Anschein, dass die Slowaken sich zumindest in ihrer Grundhaltung zu den Forderungen der ethnischen Minderheiten in ihrem Land, namentlich der Ungarn in der Südslowakei, einig sind. Die ungarntämmigen Slowaken geniessen nach ihrer Ansicht mehr Minderheitenrechte als von der KSZE gemäss Kopenhagener Standard verlangt wird. Die bestehenden Rechte stünden nicht in Frage. Jedoch sei die ungarische Minderheit nach den Wahlen mit Autonomieforderungen aufgetreten, welche für die slowakische Regierung nicht akzeptabel seien.

Die Antwort der Vertreter der ungarischen Minderheit in der Slowakei darauf ist Ihnen bestens vertraut. Herr Miklos Duray, der Vorsitzende der Koalition der "ungarischen" Parteien im Slowakischen Parlament, hatte sie am 20. Oktober 1992 in Bern dem stellvertretenden Chef der Politischen Abteilung I, Herrn Daniel Woker, dargelegt.

Beilagen/Annexes:

1 Gesprächsnotiz

Durchschlag an**Copie à****(mit Beilage)**

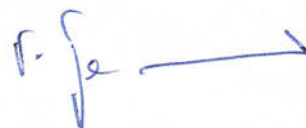
- Politisches Sekretariat, EDA, Bern
- ~~Direktion~~ für Völkerrecht, EDA, Bern

-2-

Mein Mitarbeiter Werner Baumann hatte kürzlich Gelegenheit zu einem informellen Gespräch über das gleiche Thema mit Istvan Batta, einem Abgeordneten der "ungarischen Koalition" im Föderalparlament. Die diesbezügliche Gesprächsnotiz liegt bei.

Ich versichere Sie, Herr Botschafter, meiner vorzüglichen Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER



(M. Jeanrenaud)